

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Kurzbiographien .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XV

*Rudolf Müller, Wien/Salzburg*

<b>Die Vertretung der Dienstgeber in den Organen der Selbstverwaltung der österreichischen Krankenversicherung der unselbständig Erwerbstätigen .....</b>	<b>1</b>
I. Gegenstand der Untersuchung .....	1
II. Historischer Befund .....	3
A. Der Beginn der gesetzlichen Sozialversicherung 1887/1888 .....	3
B. Die Reform der Jahre 1926/1927 .....	6
C. Reform im Ständestaat 1935 .....	9
D. Die Wiedererrichtung der österreichischen Sozialversicherung nach 1945 .....	9
E. Vorläufiges Resümee .....	10
III. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	12
A. Demokratische Legitimation und Wirkungsbereich .....	12
B. Das personale Element der sozialen Selbstverwaltung .....	14
C. Außenstehende als Mitglieder des Selbstverwaltungskörpers? .....	15
D. Die Beteiligung der Dienstgeber als Außenstehende .....	19
E. Zwischenergebnis .....	22
IV. Die Regierungsvorlage zum SV-OG (329 BlgNR 26. GP) .....	24
A. Die Parität der Versicherungsvertreter .....	24
B. Die Eignungsvoraussetzungen der Versicherungsvertreter .....	25

*Peter Bußjäger/Christoph Schramek, Innsbruck*

<b>Die Zusammensetzung der Verwaltungskörper der neuen „Österreichischen Gesundheitskasse“ unter verfassungsrechtlichen Aspekten .....</b>	<b>29</b>
I. Einleitung .....	29
II. Ausgangslage .....	30
III. Zum Begriff der Selbstverwaltung .....	32
A. Der verfassungsrechtliche Selbstverwaltungsbegriff .....	32
B. Folgerungen für die Zusammensetzung der Organe der Selbstverwaltung der Gebietskrankenkassen .....	33
IV. Anwendung auf die geplante Neugestaltung .....	35
V. Zusammenfassung .....	37

*Konrad Lachmayer/Theo Öhlinger, Wien*

<b>Verfassungsrechtliche Fragen der Errichtung einer Österreichischen Gesundheitskasse .....</b>	<b>39</b>
I. Das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz .....	39
A. Kernelemente der Organisationsreform .....	39
B. Verfassungsrechtliche Problemstellungen .....	41
II. Das verfassungsrechtliche Konzept der sozialen Selbstverwaltung .....	42

III. Die demokratische Legitimation der sozialen Selbstverwaltung .....	43
A. Allgemein .....	43
B. Organisationsrechtliche Ausgestaltung .....	44
C. Fragen der Zulässigkeit eines Entsandemodells .....	46
D. Zusammenlegung der Organe im Rahmen einer ÖGK .....	46
E. Partizipationsverhältnis von Dienstgebern und Dienstnehmern .....	47
F. Quantitative Grenzen des verfassungsrechtlichen Konzepts der sozialen Selbstverwaltung .....	50
1. Quantitative Grenzen in Hinblick auf die Gesamtbevölkerung .....	50
2. Quantitative Grenzen in Hinblick auf die Repräsentation in dem Verwaltungsrat .....	52
G. Zulässigkeit der Parität von Dienstnehmern und Dienstgebern in Vertretungsorganen einer ÖGK .....	53
H. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Einrichtung von teilautonomen Landesstellen .....	54
IV. Unabhängigkeit der sozialen Selbstverwaltung .....	55
A. Mitwirkung von staatlichen Organen (Vertreter/innen der Bundesministerien) im Verwaltungsrat einer ÖGK als Vollmitglied .....	55
1. Mitgliedschaft von Vertreter/innen der Bundesministerien .....	55
2. Eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung durch den Selbstverwaltungskörper .....	57
B. Beratende oder entscheidende Tätigkeit der Vertreter/innen der Bundesministerien .....	57
C. Eigener Wirkungsbereich/Übertragener Wirkungsbereich .....	61
V. Zusammenfassung .....	61

*Walter Berka, Salzburg*

### **Zur Ausgestaltung der Autonomie in der österreichischen Krankenversicherung ... 65**

Aspekte der regionalen Organisation

I. Die Reform der Organisation der Sozialversicherung und die Berücksichtigung regionaler Interessen .....	65
II. Die Organisation regionaler Interessen im Rahmen von Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung .....	68
A. Die verfassungsrechtlichen Organisationsgrundsätze .....	68
1. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage .....	68
2. Die Einrichtung als Selbstverwaltungskörper .....	69
3. Die Zusammenfassung von durch gemeinsame Interessen verbundenen Mitgliedern .....	72
4. Die Übertragung von Selbstverwaltungsaufgaben .....	73
5. Die autonome Wahrnehmung der Selbstverwaltungsaufgaben .....	74
B. Konsequenzen für die Organisation regionaler Interessen im Rahmen einer gegliederten Selbstverwaltungskörperschaft .....	77
C. Verfassungsrechtliche Bedingungen und Grenzen einer Organisationsreform im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung .....	78
1. Zur Auflösung bestehender Krankenversicherungsträger .....	78
2. Der rechtspolitische Hintergrund für eine „Teilautonomie“ der Landesstellen .....	80
3. Zur rechtlichen Ausprägung einer „Teilautonomie“ im Rahmen eines gegliederten Selbstverwaltungskörpers .....	81
4. Landesstellen als Träger weisungsfrei wahrzunehmender Entscheidungsbefugnisse? .....	84

5. Schlussfolgerungen für die Organisation einer gesamtösterreichischen Krankenkasse .....	85
III. Das Konzept des Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes .....	87
A. Die organisatorische Stellung der ÖGK und ihrer Landesstellen .....	87
B. Verfassungsrechtliche Bewertung im Lichte der Selbstverwaltungsgarantie nach Art 120 a ff B-VG .....	89
C. Zur Rechtsstellung der Landesstellen der ÖGK .....	89
D. Schlussfolgerungen .....	91

*Harald Eberhard, Wien*

<b>Die Veränderung des rechtlichen Status von Betriebskrankenkassen durch das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz – SV-OG .....</b>	<b>93</b>
I. Fragestellung .....	93
II. Der rechtliche Status der Betriebskrankenkassen .....	96
III. Verfassungsrechtliche Beurteilung .....	99
A. Vorbemerkung .....	99
B. Eingliederung der Betriebskrankenkassen in die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) .....	100
1. Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums .....	100
2. Gleichheitssatz .....	101
C. Umwandlung von Betriebskrankenkassen in betriebliche Gesundheitseinrichtungen .....	103
IV. Zusammenfassung .....	105

*Thomas Müller, Innsbruck*

<b>Zur Verfassungskonformität der Bestimmungen über den Dachverband der Sozialversicherungsträger .....</b>	<b>107</b>
I. Einleitung .....	107
II. „Aufgabensplitting“: Übertragungsbefugnis und Übertragungszwang .....	109
A. Die zu untersuchenden Bestimmungen .....	109
1. Zuständigkeiten des Dachverbands .....	109
2. Befugnis zur Übertragung von Vorbereitungstätigkeiten und Verordnungsermächtigung der Bundesministerin .....	110
3. Übergang von Bediensteten und Abteilungen .....	110
4. Zusammenfassung .....	112
B. Zu den verfassungsrechtlichen Maßstäben .....	113
1. Überblick .....	113
2. Im Besonderen: Kriterien für das „Aufgabensplitting“ .....	114
C. Zu den verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich des „Aufgabensplittings“ .....	115
1. Zu den allgemeinen verfassungsrechtlichen Anforderungen an trägerübergreifende Aufgaben .....	115
2. Verfassungsrechtliche Bewertung des „Aufgabensplittings“ .....	116
a) Demokratische Legitimation .....	116
b) Recht auf Selbstverwaltung .....	118
c) Sachlichkeitsgebot und Effizienzprinzip .....	119
D. Zusammenfassung .....	120
1. Übertragungszwang .....	120
2. Übertragungsbefugnis .....	121
III. Gesetzliche Zwangsübertragung von Personal und Abteilungen an die ÖGK .....	121
A. Überblick .....	121

B. Vorbereitungstätigkeiten für rechtsverbindliche Beschlüsse .....	122
1. Zur Verfassungswidrigkeit der Übertragung der Abteilung VPM an die ÖGK im Begutachtungsentwurf .....	122
2. Übertragungen von Vorbereitungstätigkeiten für rechtsverbindliche Beschlüsse .....	124
3. Übertragung von sonstigen Vorbereitungstätigkeiten .....	126
4. Im Besonderen: Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des § 718 Abs 12 UAbs 2 ASVG .....	126
IV. Verordnungsmächtigung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz .....	127
A. Analyse des Wortlauts .....	127
B. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	128
V. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Rotationsprinzips gem § 441 a Abs 4 ASVG idF der RV .....	130
A. Überblick .....	130
B. Verfassungsrechtliche Beurteilung des Rotationsprinzips .....	131
VII. Ergebnis .....	131

*Michael Potacs, Wien*

<b>Aufsichtsrecht und Verfassung</b> .....	133
Zur Neugestaltung des Aufsichtsrechts im Sozialversicherungs-Organisationsgesetz	
I. Ausgangslage und Fragestellung .....	133
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	134
A. Allgemeines .....	134
B. Eigener Wirkungsbereich .....	135
C. Demokratische Legitimation .....	136
D. Aufsicht .....	137
III. Beurteilung des SV-OG .....	140
A. Wichtige Gründe .....	140
1. Allgemeines .....	140
2. Zielsteuerung .....	141
3. Nachhaltigkeit .....	142
4. Finanzielle Auswirkungen von zehn Millionen .....	143
5. Angelegenheiten des § 432 Abs 3 ASVG .....	144
6. Zusammenfassung .....	144
B. Einspruchsrecht gemäß § 448 Abs 4 ASVG .....	145
C. Vertagung von Tagesordnungspunkten .....	145
D. Genehmigung von Dienstpostenplänen .....	147
E. Mustergeschäftsordnungen .....	147
F. Büro des Versicherungsträgers .....	148
G. Überleitungsausschuss der Österreichischen Gesundheitskasse .....	150
H. Kommissarische(r) Leiter/in und leitende Angestellte der Österreichischen Gesundheitskasse .....	151
I. Aufteilungsschlüssel .....	153
J. Prüfungskommissionen .....	153
IV. Ergebnis .....	154

*Walter Berka, Salzburg*

<b>Zur Reform der Beitragsverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung</b> .....	157
Verfassungsrechtliche Bedingungen und Grenzen	
I. Die Beitragsverwaltung im Rahmen der österreichischen Sozialversicherung und ihre Reform .....	158
A. Die Beitragsverwaltung in der Sozialversicherung .....	158
B. Die Reform der Beitragsverwaltung .....	160
C. Zum Gang der Untersuchung .....	162
II. Die Stellung der Sozialversicherungsträger im Verfassungsrecht .....	164
A. Gibt es eine Bestands- oder Einrichtungsgarantie für die gesetzliche Sozialversicherung? .....	164
B. Die verfassungsrechtliche Stellung der gesetzlichen Sozialversicherungsträger als Selbstverwaltungseinrichtungen .....	166
C. Zur finanziellen Autonomie der Sozialversicherungsträger .....	167
D. Gesichtspunkte des verfassungsrechtlichen Sachlichkeitsgebots .....	171
E. Gesichtspunkte des verfassungsrechtlichen Effizienzprinzips .....	172
III. Zur systemprägenden Relevanz der Beitragsverwaltung .....	173
A. Vorbemerkungen .....	173
B. Die Beitragsverwaltung bei den Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung (Arbeiter- und Wirtschaftskammern) .....	174
C. Die systemprägende Relevanz der Beiträge bei den Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung .....	176
D. Die Bedeutung der Beitragsverwaltung für die Wahrnehmung der den Sozialversicherungsträgern übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben .....	178
E. Zur Reform der Beitragsverwaltung im Lichte des verfassungsrechtlichen Effizienzprinzips .....	182
IV. Konsequenzen für die Beitragsprüfung .....	185
A. Die Zuordnung der Beitragsprüfung zur staatlichen Finanzverwaltung .....	185
B. Konsequenzen im Lichte der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie .....	187
C. Die Ausnahmen für bestimmte Sozialversicherungsanstalten im Lichte des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes .....	190
V. Zusammenfassende Schlussfolgerungen .....	192

*Walter J. Pfeil/Elias Felten, Salzburg /Linz*

<b>Arbeitsrechtliche Fragen des PLABG</b> .....	195
I. Problemstellung .....	195
II. Wesentliche Änderungen .....	196
III. Zentrale Fragen .....	199
IV. Zu den einzelnen Problemfeldern .....	199
A. Verfassungsrechtliche Vorfragen .....	199
B. Welche Bediensteten wären erfasst? .....	201
C. Was genau bedeutet diese Zuweisung? .....	204
1. An sich keine inhaltlichen Änderungen ... ..	204
2. ... aber Änderung des Rahmens .....	205
D. Was bedeutet Fachaufsicht bzw Dienstaufsicht? .....	208
E. Beendigung der Zuweisung .....	210
F. Änderungen arbeitsrechtlicher Regelungen .....	211
1. Betriebsvereinbarungen .....	211
2. § 20 PLABG .....	214
G. Wechsel ins VB-Recht .....	216

V. Schlussfolgerungen .....	217
A. Zur Konstruktion insgesamt .....	217
B. Arbeitsrechtliche Bewertung .....	218
VI. Zusammenfassung .....	221